

**Anmeldung (Referat IV)**  
 Diskussionsabend „Deutsche nur auf Zeit? Sinn und Unsinn der Optionsregelung“  
 am 03. Mai 2011 in Frankfurt/M.

Name: .....  
 Vorname: .....  
 Straße: .....  
 PLZ/Ort: .....  
 Tel.: .....  
 Fax: .....  
 Beruf/Tätigkeit: .....  
 E-Mail: .....  
 Datum, Unterschrift: .....

**Programm**

18.30 Uhr	Ankommen bei Getränken
18.50 Uhr	Begrüßung <b>Corrado Di Benedetto</b>
19.00 Uhr	<b>INTERVIEWS</b> mit betroffenen Jugendlichen
19.30 Uhr	<b>PODIUMSDISKUSSION</b> mit <b>Jörg-Uwe Hahn</b> , Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa <b>Martin Jungnickel</b> , Leiter des Dezernates „Einbürgerung“ im Regierungspräsidium Darmstadt <b>Victor Pfaff</b> , Rechtsanwalt <b>Eine betroffene Jugendliche</b>  <b>Moderation:</b> <b>Pitt von Bebenburg</b> , Frankfurter Rundschau
21.30 Uhr	Ende

**Veranstalter**

- Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat
- beramí – berufliche Integration e.V.
- Deutscher Anwaltverein (DAV) e.V.
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
- Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main
- Interkultureller Rat in Deutschland e.V.
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.
- Türkische Gemeinde Rhein-Main – Hessische Landesorganisation der Türkischen Gemeinde in Deutschland
- Kompetenzzentrum Muslimischer Frauen e.V. Frankfurt am Main

**Deutsche nur auf Zeit?**  
**Sinn und Unsinn der Optionsregelung**

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2001 erhält jedes in Deutschland geborene Kind von Einwanderern neben der Staatsangehörigkeit der Eltern automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil bereits acht Jahre hier lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Allerdings müssen sich die betroffenen Personen zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. In den kommenden Jahren werden Zehntausende junger Erwachsener davon betroffen sein. Entscheiden sie sich für die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern, verlieren sie die deutsche. Damit würden in Deutschland als Deutsche geborene und aufgewachsene Kinder plötzlich zu Ausländern. Viele halten diese Regelung für ungerecht, integrationsfeindlich, unnötig und für ein Verwaltungsmonster. Sie fordern die Abschaffung der Optionsregelung und die generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit. In der Tat leben schon jetzt rund 4,5 Millionen Mehrfachstaater in Deutschland. Und 53 Prozent der Einbürgerungen werden hierzulande unter Hinnahme mehrfacher Staatsangehörigkeiten vorgenommen. „Mit dem Optionszwang beharrt der Gesetzgeber auf dem Grundsatz der Vermeidung der Mehrstaatigkeit,“ erklärt z. B. der Rechtsanwalt Victor Pfaff, der dieses Prinzip für obsolet hält. Andere, zumal in den Regierungsparteien in Berlin und Wiesbaden, sehen das anders. Sie plädieren dafür, auf einer bewussten Entscheidung für oder gegen die deutsche Staatsangehörigkeit zu bestehen. Am 3. Mai 2011 möchten wir mit Betroffenen, politisch Verantwortlichen und Experten über den Sinn oder Unsinn der Optionsregelung diskutieren. Was spricht dafür, die Optionspflicht abzuschaffen und Mehrstaatigkeit generell hinzunehmen? Was dagegen? Wie sieht der Umgang mit der Optionsregelung in der Praxis aus? Und wie geht es Betroffenen, wenn sie vor der Entscheidung stehen, sich gegen eine ihrer bisherigen Staatsangehörigkeiten zu entscheiden?

Sie sind herzlich eingeladen, zuzuhören, mitzudiskutieren und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Fax: 0611 / 32 40 77

e-mail: Siegfried.Zander@hlz.hessen.de

Hessische Landeszentrale  
für politische Bildung  
Referat IV  
Postfach 3220

65022 Wiesbaden

### Information

Mechtild M. Jansen,  
Referatsleiterin Ref. IV der HLZ

### Anmeldung

Hessische Landeszentrale für  
politische Bildung  
Referat IV  
Postfach 32 20  
65022 Wiesbaden  
Tel.: 0611 / 32 - 4041  
Fax: 0611 / 32 - 4077  
Mail: Siegfried.Zander@hlz.hessen.de

**Anmeldeschluss: 26. April 2011**

**Achtung: Eine Anmeldebestätigung geht  
Ihnen nicht zu !**

### Kosten

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

### Freistellung

Hessische Urlaubsverordnung für Beamte und  
Angestellte im öffentlichen Dienst; Sonder-  
urlaub für BundesbeamtInnen, RichterInnen;  
LehrerInnenfortbildung.

### Tagungsort

Instituto Cervantes Frankfurt  
Staufenstraße 1  
60323 Frankfurt am Main

### Anfahrt

Das Instituto Cervantes Frankfurt befindet  
sich im Stadtteil Westend. Es liegt unweit der  
Alten Oper am nördlichen Ende des Rothschild-  
parks, Reuterweg Ecke Staufenstraße.  
U-Bahn: U6/U7, Alte Oper  
S-Bahn: S1, S2, S3, S4, S5, S6, S8 und S9,  
Taunusanlage  
Bus: Linie 36, Eppsteiner Straße;  
Linie 64, Alte Oper



Hessische Landeszentrale  
für politische Bildung



agah  
Landesausländerbeirat

verband  
binationaler  
familien und partnerschaften läf

beramí

EVANGELISCHER REGIONALVERBAND  
Frankfurt am Main

DeutscherAnwaltVerein

Interkultureller Rat  
in Deutschland

## Diskussionsabend

### *Deutsche nur auf Zeit? Sinn und Unsinn der Optionsregelung*

Dienstag, den 3. Mai 2011  
19.00 – 21.30 Uhr  
Instituto Cervantes  
Frankfurt/M.

EVANGELISCHE KIRCHE  
IN HESSEN UND NASSAU



# Einladung